



EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

auf dem UN-Welternährungsgipfel vom 16. bis 18. November 2009 in Rom forderten Papst Benedikt XVI. und der Generalsekretär der Vereinten Nationen Ban größere Anstrengungen im Kampf gegen den Hunger in der Welt. Unabhängig voneinander verurteilten beide die Hungersnot und Mangelernährung von fast einer Milliarde Menschen einerseits und die Verschwendung von Nahrungsmitteln andererseits. Diese Botschaft ist nicht neu. Das Millenniumsziel der Vereinten Nationen, den Hunger auf der Welt bis zum Jahr 2015 zu halbieren, haben jedoch die Teilnehmer des Gipfels offensichtlich weitgehend aufgegeben. Zwar unterzeichneten die Teilnehmer eine Erklärung, mit der ein Recht auf Nahrung eingeführt werden soll – ein konkreter Zeitplan für deren Umsetzung blieb jedoch aus. Die drastischen Preissteigerungen bei Reis, Weizen, Gemüse, Fleisch und anderen Lebensmitteln der vergangenen Monate werden die Lage vieler Menschen in Afrika und Asien verschlechtern. Dementsprechend befürchtet die FAO, dass in Zukunft weitere einhundert Millionen Menschen vom Hunger bedroht sein könnten.

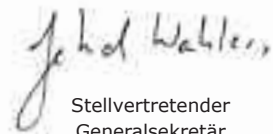
Dass Armutsbekämpfung, der Kampf gegen den Hunger und die Entwicklungszusammenarbeit eng miteinander verknüpft sind, ist bekannt. Der deutschen Entwicklungszusammenarbeit kommt hierbei als eigenständigem Politikfeld eine Schlüsselrolle zu. Unter Einbeziehung des Subsidiaritätsgedanken sollte sich die Entwicklungszusammenarbeit wieder stärker auf die Fähigkeiten und Möglichkeiten der Bürger konzentrieren. Das Engagement der Bevölkerung sowohl in Deutschland als auch in den Partnerländern ist wichtiger Teil der deutschen Entwicklungsstrategie. Die Organisationen der

Zivilgesellschaft, die kirchlichen Hilfswerke, die Politischen Stiftungen und Hilfsorganisationen der Wirtschaft müssen in der Bundesrepublik Deutschland und den jeweiligen Partnerländern noch stärker in die EZ-Förderung einbezogen werden. Entsprechend unserem christlichen Verständnis von der Würde des Menschen, wollen wir die Armen und Benachteiligten in die Lage versetzen, sich selbst zu helfen. Im Blickfeld steht hierbei das Bildungs- und Gesundheitswesen sowie die politische Teilhabe an der Daseinsvorsorge. Die größten Erfolge dieses Konzepts partizipativer Armutsbekämpfung liegen im Bereich der Finanzsystementwicklung. Deutschland ist führend im Bereich der Förderung von Mikrofinanzinstitutionen, so kommt es zumindest in internationalen Peer-Reviews zum Ausdruck. Voraussetzungen für eine nachhaltige Armutsbekämpfung sind aber in erster Linie entwicklungsfördernde Rahmenbedingungen. Die ordnungspolitische Debatte im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft muss daher gerade mit den Schwellen- und Entwicklungsländern in das Zentrum des deutschen Politikdialogs rücken.

Auch die katholische Kirche befasste sich auf ihrer zweiten Afrikasynode im Vorfeld des Welternährungsgipfels mit den Themen Hunger, Armut und Demokratie. In ihrer 57 Punkte umfassenden Liste von Empfehlungen, den so genannten „Propositiones“, fordern die Teilnehmer ein erheblich stärkeres Engagement der Kirche sowohl in den Friedens- und Stabilisierungsprozessen in Afrika als auch bei der Bekämpfung von Hunger und Armut. Auch die Rolle der Frau im afrikanischen Kontext wurde eingehend thematisiert. Zwar liegt das Bildungs- und Entwicklungsniveau von Frauen und Mädchen im afrikanischen Durchschnitt immer noch weit unter dem ihrer männlichen Altersgenossen, doch bleibt zu hoffen, dass die deutlichen Aussagen seitens der katholischen Kirche zur Stärkung der Rolle der Frau im Entwicklungsprozess beitragen werden.

Trotz dieser wichtigen Appelle muss die Triade Hunger – Armut - Demokratie noch stärker als bisher auf die politische Tagesordnung gesetzt werden. Vor dem Hintergrund der 15. UN-Klimakonferenz im Dezember 2009 in Kopenhagen kann festgehalten werden, dass Entscheidungen zur Klima- und Energiepolitik nicht mehr losgelöst von entwicklungspolitischen Fragestellungen betrachtet werden können. Das sich weltweit erwärmende Klima wird nicht nur drastische Auswirkungen auf die Nahrungsmittelversorgung vieler Menschen

haben, sondern zukünftig auch vielfach über Wohlstand oder Armut entscheiden. Die Verzahnung der einzelnen Bereiche muß demzufolge ständig zunehmen. Eine nachhaltige Klima- und Entwicklungspolitik sind die zwei Seiten derselben Medaille.



Jochen Wahlen,
Stellvertretender
Generalsekretär